



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

mit einem Male in die Reihen und alles macht kehrt. — Drei Hurrahs unterbrachen das Schweigen der Engländer und mit dem dritten wären sie unter uns; folgten aber zu unserm großen Erstaunen nicht weiter als 100 Schritt, dann ordneten sie sich, um uns bei einer zweiten und dritten Attaque ebenso zu empfangen wie bei der erstern.“ Bei Vittoria nahmen die Engländer bei ihrem schließlichen Vorgehen die sämtlichen Geschütze der Franzosen.

Aus Schwaben.

27. April.

Langsam, nicht ohne Zögerungen, die sich vielleicht bitter rächen dürften, nicht ohne Schwankungen, die wenig guten Willen verriethen, ist auch Württemberg in die Linie eingerückt, die ihm durch die Ereignisse des vorigen Jahres, wie durch die nationalen Pflichten der Gegenwart vorgezeichnet sind. Eben in diesen Tagen schließt — wie wir hoffen für immer — eine Periode unbehaglicher, drückender Ungewißheit ab, die keineswegs nur die natürliche Folge des Uebergangszustandes war, die vielmehr recht gut hätte abgekürzt werden können, wenn man nur gewollt hätte.

Zum Theil trifft die Schuld freilich nicht allein die leitenden Staatsmänner, die ohne mehr oder weniger sanfte Anregung von außen am liebsten noch länger in der bisherigen Weise hingedämmert hätten, sie trifft theilweise auch den schwerfälligen Regierungsapparat unsers Kleinstaats, der nicht leicht in eine veränderte Richtung zu bringen war, und für neue Organisationen fast gänzlich zu versagen schien, so laut das Bedürfnis derselben auf allen Gebieten von jedermann, von der Regierung selbst anerkannt war. Sie trifft aber endlich großentheils das Volk selbst, das nur langsam sich in den Gedanken finden konnte, daß nun einmal die Axe des deutschen Lebens seit dem vorigen Jahre sich gedreht hat, und daß in seiner großen Masse die Dinge an sich kommen ließ, ohne das Bedürfnis zu fühlen, selbst zur Vollendung des deutschen Neubaus eine Hand zu rühren. Weder sah sich das Land von der Regierung in einer bestimmten Richtung geführt, noch sah sich die Regierung durch das Land zu einer Entscheidung gedrängt, und beide schienen sich bei diesem gedankenlosen Hinträumen wohl zu befinden, bis endlich das luxemburger Gewitter die Schläf-

rigen aufzuschrecken begann. Bis dahin überließ man es ruhig der Vorsehung, was sie mit den Geschicken des weiteren und des engeren Vaterlandes anzufangen für gut fand. Man gefiel sich in jener müßigen Verdrossenheit, die mehr an das Vergangene zu denken liebt als an die Forderungen der Gegenwart und Zukunft, und die in der Regel auf so gewaltige Täuschungen zu folgen pflegt, wie das vorige Jahr gebracht hatte.

Milde und wohlwollende Beurtheiler mögen es vielleicht anerkennenswerth finden, daß das schwäbische Volk, nachdem es früher in so ungestüme Weise seine Partei ergriffen hatte, eine gewisse Scheu empfand, rasch und entschieden zur siegreichen Fahne zu schwenken und jedenfalls den Uebergang nicht Wort haben wollte. Strengere Beurtheiler dürften — ungerührt durch die catonische Phrase — auch hierin nur jenen schwäbischen Eigensinn erblicken, der, nachdem ihm schon längst die richtigere Einsicht aufgegangen ist, erst recht nicht zu ihr sich bekennen mag. Von einem unsrer Abgeordneten, der zur (antipreußischen) Majorität gehört, wird folgende Aeußerung erzählt: er gebe zu, daß die Entscheidung des vorigen Jahres ein Glück und einen unendlichen Fortschritt für Deutschland bedeute, aber er schätze sich glücklich, wenigstens für seine Person keinen Theil an diesem Werk zu haben. Ein anderer Abgeordneter derselben Richtung, der kürzlich eine Rede vor seinen Wählern hielt, sagte, allerdings bliebe nichts übrig als sich „auf irgendeine Weise“ — (wie euphemistisch!) — an Preußen anzuschließen; aber die Sache pressire ja nicht, man könne ruhig abwarten, was sich nicht abweisen lasse und was sich ohne „unwürdiges Eilen und Drängen“ naturgemäß doch von selbst vollziehe. Derlei staatsmännische Aeußerungen sind für die matte und verdrossene Stimmung in unserm Land in der That charakteristisch. Die große Mehrzahl ergab sich stumpfsinnig in das, was sie nicht ändern konnte. Allerdings hat es nicht an einem lebhaften Parteikampf gefehlt. Die „deutsche Partei“ agitirte ebenso für den Anschluß an Preußen, als die „Volkspartei“ dagegen arbeitete. Aber die eine wie die andere Agitation blieb auf der Oberfläche des Volkes, in die Tiefe drang keine von beiden; was überhaupt politisch lebendig blieb, war ein kleiner Bruchtheil, und es ist bezeichnend, daß weitaus die größte Zahl der Abgeordneten beiden Parteirichtungen fremd blieb und sich in weiser Neutralität hielt. Wenn demungeachtet allmählig ein Fortschritt ersichtlich war und die Ansichten der deutschen Partei endlich durchgedrungen sind, so ist dies mehr der Kraft der Trägheit, der unwiderstehlichen Wucht des Erfolgs zu danken, an der auch die Kunst der gewerbsmäßigsten Agitatoren schließlich erlahmte. Als die geheimen Augustverträge ans Licht kamen, seufzten die Meisten auf, daß nun doch die Sache entschieden und fernerer Streit überflüssig geworden sei. Endlich, als die luxemburger Frage näher und näher brannte, mußte sich alles, was deutsch dachte und fühlte, vollends von einer Partei abwenden, die, wie man jetzt durch

keine Phrasen mehr geblendet plötzlich in einer concreten Frage erkannte, mehr oder weniger bewußt den Interessen des Auslandes in die Hände arbeitete.

Aber war denn mit dem Schutz- und Trugbündniß die Sache wirklich schon entschieden? In dem Augenblick, da es zur Deffentlichkeit gelangte, war man weniger von der Thatsache selbst überrascht: durch die Aeußerungen Bismarcks im Parlament und durch die Veröffentlichung der Bündnisse Badens und Bayerns war man allmählig darauf vorbereitet worden; auch waren eingeweihtere Kreise nicht ganz im Dunkel darüber geblieben. Um so größer aber war nun das Erstaunen über das bisherige Verhalten der Regierung. Sieben Monate lang hatte sie diesen Vertrag in der Tasche, zu dem Hr. v. Barmbüler selbst die Anregung gegeben, und in dieser ganzen Zeit war nichts geschehen, um die Bevölkerung für eine solche Wendung der württembergischen Politik vorzubereiten und zu gewinnen, nichts, um diejenigen Maßregeln ins Leben zu rufen, ohne welche der Bündnißvertrag ein Stück Papier blieb. Es hätte den Minister wenig gekostet, bei den Kammerberathungen im October seiner Partei einen Wink zu geben, daß das damals noch zum guten Ton gehörige Schreien gegen den „Friedensbrecher“ nicht mehr ganz zeitgemäß sei. Statt dessen hatte er zugelassen, daß seine Getreuesten munter in die Trompete der Volkspartei bliesen und sich für den süddeutschen Bund erhitzten, dem er selbst insgeheim den Boden unter den Füßen weggezogen hatte. Die Führer der Kammermehrheit sollen es nachträglich dem Minister schwer verdacht haben, daß er sie damals in solcher Weise bloßstellte und für ein Programm sich compromittiren ließ, das jetzt doppelt lächerlich war. Auch in Bayern und in Baden waren die Verträge geheim gehalten worden, aber die Minister hatten inzwischen doch den Anschluß an Preußen als das anzustrebende Ziel bezeichnet, und damit der öffentlichen Meinung eine Direction gegeben, die namentlich in Bayern für die Haltung der Abgeordnetenkammer vom größten Werth war. In Württemberg wiegte man die öffentliche Meinung in dem Glauben, daß die Souveränität des Staats die oberste Richtschnur der Politik sei. Die deutsche Partei, die dasselbe wollte, was die Regierung im Geheimen bereits geplant hatte, ließ man nicht direct, aber durch die beeinflusste niedere Presse in Stadt und Land bekämpfen. Für alle Mahnungen zu energischen Reformmaßregeln schien man taub. Von einer Thätigkeit im Kriegsministerium war nichts zu bemerken, außer daß noch im Januar der Kriegsminister den Entwurf einer Wehrverfassung ausarbeitete, der auf viermonatlicher Präsenz beruhend, möglichst an das schweizerische Milizsystem sich angeschlossen. Die stuttgarter Conferenzen hatten nur allgemeine Grundsätze aufgestellt und waren ohne ersichtliche praktische Consequenzen. Eine solche Haltung war doch nur erklärlich, entweder wenn die Regierung aus Respect vor den Agitationen der Volkspartei nicht offen mit ihrer Meinung hervortreten wagte, oder wenn sie selbst noch keine feste

Meinung besaß und je nach den Ereignissen erst ihre definitiven Entschlüsse zu fassen gemeint war. Schon damals übrigens ging die Sage, daß zwei widerstreitende Einflüsse sich in den leitenden Kreisen bekämpfen, daß Herr v. Barmbüler, durch die Machtentscheidung gründlich belehrt, die preußische Partei vertritt, während Herr v. Neurath, der Justizminister und Präsident des Staatsraths, der alten Liebe für Oestreich treu geblieben sei.

Das schwankende Doppelspiel schien auch dann noch eine Zeit lang fortzudauern, als der Allianzvertrag bereits veröffentlicht und die Regierung somit officiell engagirt war. Ein höherer Stabsoffizier, der damit allerdings nicht die Meinung der großen Mehrheit des Offizierscorps ausdrückte, äußerte damals, der Vertrag sei ein bloßes Stück Papier, über Württemberg werde einfach diejenige Macht verfügen, die zuerst ihr Heer auf württembergischem Boden stehen habe. Und noch vor kurzem betonte der Minister des Innern bei einem localen Feste einem nationalen Redner gegenüber die Selbständigkeit und Gleichberechtigung des Königreichs unter Ausfällen auf die Partei des „Anbettelns“ in einer Weise, die mindestens von wenig Tact zeugte. Von militärischen Reformen hörte man noch immer nichts, als daß die Schießversuche mit allen möglichen Arten von Hinterladern eifrig fortgesetzt würden und nach selbstverständlicher Verwerfung der preußischen Zündnadel die Wagschale für etwas ganz Exquisites und Originelles, nämlich für das System Albini-Brendle sich zu entscheiden scheine.

Indessen hatten die dem Ende zuneigenden Berathungen des norddeutschen Reichstags die Frage des Anschlusses der Südstaaten näher gerückt. Die wiederholten Aeußerungen Bismarcks, zumal bei der hessischen Interpellation, waren den Anschlußbestrebungen über Erwarten günstig. Gleichzeitig drängte die drohende Verwicklung wegen Luxemburgs in derselben Richtung. Unter diesen Einwirkungen konnte die deutsche Partei ihre Forderungen immer bestimmter formuliren. In ihrer Versammlung zu Heilbronn am 7. April forderte sie, daß die Regierung endlich zu einer entschiedenen Haltung sich bekenne, daß sie die praktischen Consequenzen des Allianzvertrags ziehe, das Heerwesen nach dem preußischen System umgestalte, zu dem völligen Eintritt Württembergs in den norddeutschen Bund die Hand biete. Außerdem wurde eine Resolution wegen Luxemburgs beschlossen, die zu Bennigsens Interpellation ein entsprechendes Echo aus dem Süden bildete. Nicht ohne Absicht wurde der Beschluß hinzugefügt, die gefaßten Resolutionen direct zur Kenntniß des berliner Reichstags zu bringen, dem sie eben noch zugingen, bevor er den Schlußabschnitt der Verfassung, das Verhältniß zu den süddeutschen Staaten betreffend, berieth.

In derselben Zeit fingen nun die Officiösen in Berlin an, über die Langsamkeit in den militärischen Maßregeln des Südens Klage zu führen. Man erfuhr, daß eine entschiedene Note auf Beschleunigung derselben gedrungen habe.

Je ernster die preußisch-französische Verwickelung sich gestaltete, um so dringlicher wurde die Entscheidung. Eine kleine, etwas mysteriöse Reise des Herrn v. Barnbüler war von der Gegenpartei rasch benützt worden, um ihren Ansichten Eingang zu verschaffen. Als er davon zurückkehrte — es war in der vorigen Woche —, spitzte sich der Zwiespalt zu einer förmlichen Ministerkrisis zu. Die Ministerberathungen häuften sich in ungewöhnlicher Weise. Barnbüler verfocht energisch das Festhalten an der preußischen Allianz. Herr v. Neurath rieth Neutralität, Abwarten, Fühlung mit Oestreich zu behalten. Der König selbst soll anfänglich der letzteren Seite zugeneigt haben. Am Ende aber siegte die Vertragstreue: Herr v. Barnbüler hatte in eindringlichster Weise die Gefahren, geschildert, welche der Souveränität Würtembergs bei fortdauernder Zweideutigkeit seiner Politik drohen; in sechs Wochen, soll er geäußert haben, würde es keine württembergischen Minister mehr geben, und selbst das Privatvermögen könnte er dem König nicht garantiren u. s. w. Mit diesen Argumenten behauptete Herr v. Barnbüler das Feld und der Rücktritt Neuraths, sowie des Kriegsministers Hardegg ist entschieden und wird ohne Zweifel noch am heutigen Tage officiell sein. Schon jetzt ist weniger der letztere als Herr v. Barnbüler selbst die Seele der militärischen Rüstungen, auf die er sich mit seinem bekannten jugendlichen, etwas sanguinischen Eifer geworfen hat. Das große Problem des Hinterladers ist endlich entschieden — leider eben zu Gunsten jenes Systems Albini-Brendle; in diesem Stück mußte doch die Stammeseigenthümlichkeit gewahrt bleiben. Aber es ist wenigstens der rascheste Vollzug der Umänderung angeordnet. Nur hat der Minister sofort zu seinem Unmuth die Erfahrung machen müssen, daß man nicht in vierzehn Tagen nachholen kann, was man ein halbes Jahr lang versäumt hat, und wie ihn die Conferenz der Maschinenfabrikanten, die er sofort aus dem Lande zusammenberief, mit dieser unliebsamen Wahrheit in Betreff der Hinterlader überraschte, so dürfte ihm dieselbe Ueberraschung in sämtlichen Zweigen des Militärwesens vorbehalten sein.

Des Versäumten ist viel. Möge man nicht durch allzu schwere Opfer zu büßen haben, was zum Theil aus Scheu vor Opfern unterlassen worden ist. Wenn vielfach die Besorgniß vorhanden ist, daß Frankreich einen kräftigen Stoß über den Oberrhein nach Süddeutschland führen werde, so liegt darin zugleich das Eingeständniß, daß nicht ohne die Schuld unserer Versäumnisse der Süden die militärisch schwächste Seite Deutschlands ist, und daß in der bis in die neueste Zeit schwankenden Haltung unserer leitenden Kreise für Frankreich eine weitere Versuchung grade zu dieser Diverfion gelegen ist. Wenn man sich freilich in Frankreich auch mit der Hoffnung schmeicheln sollte, daß der süddeutsche Haß gegen Preußen und die Agitationen einer vaterlandlosen Demokratie den fremden Heeren hier eine andere Aufnahme bereiten werde, als überall sonst, so wird diese Täuschung hoffentlich nicht von langer Dauer sein. Die

Stimmung im Volk ist durchgängig gut und patriotisch, dabei ernster und gesammelter als sonst bei großen Krisen herkömmlicher Stil war. Es ist nichts von hohler Renommage zu spüren und die „negative Haltung“, zu welcher eingestandenermaßen die zusammengeschmolzene Volkspartei sich selbst verurtheilt hat, sorgt dafür, daß man von Gut- und Blutphrasen und den lächerlichen Aufhebungen zur „nächtlichen Art“ diesmal verschont bleibt. Niemand wünscht den Krieg, niemand nimmt ihn leicht oder gefällt sich in wohlfeilen Herausforderungen der mißleiteten großen Nation, aber allgemein ist die Ueberzeugung, daß Preußen in dieser nationalen Frage nicht nachgeben darf, und fest der Entschluß, zum Schutz der deutschen Integrität auf alle Gefahren zu Preußen zu stehen. Neben dem Organ unserer Ultramontanen, das offen die Neutralität predigt, ist es nur der „Beobachter“, der, wie gesagt, eine „negative Haltung“ für die Demokratie in Anspruch nimmt und vornehm lächelnd, mit gebeugten Armen dem Kampf eines doppelten „Cäsarismus“ zusieht; inzwischen fährt er fort, den Grafen Bismarck oder den „preussischen Chauvinismus“ als alleinigen Anstifter des Krieges zu denunciren, öffnet allerhand verdächtigen Correspondenzen „vom Rhein“ seine Spalten, findet es seltsam, daß man sich in einer Sache erhitze, die „neben den edelsten Stammgütern der Nation klein und nichtssagend“ ist, und versteigt sich in einer Zuschrift vom Lande zu folgendem Ausruf: „Um Gottes Willen, schlaget doch eine Brücke über den Rhein und nicht wie die deutsche Partei über den Main; reichet dem Volk in Frankreich nachbarlich die Hand; wir wollen keinen Krieg wegen einer elenden Grenzberichtigung, wir wollen keine Grenzen, alle freien und guten Menschen begrüßen wir als Brüder, reden sie französisch oder deutsch; wollen wir Krieg, führen wir ihn gegen den Cäsarismus“ u. s. w. Das sind Proben, wie herrlich weit es unser Radicalismus gebracht hat. Gott Lob wird dieses Treiben überall nach Gebühr gewürdigt, und wenn schon jetzt nur noch eine kleine Schicht der Bevölkerung an solcher Kost Behagen findet, so ist mit Zuversicht zu hoffen, daß auch der kleine Anhang vollends in die Brücke gehen wird, wenn erst der furchtbare Kampf unvermeidlich geworden sein sollte. Es sind die Zuckungen einer verendenden Partei.

Württemberg hat in der nationalen Sache viel gut zu machen; es ist der Wille vorhanden, es zu thun, vor allem in der Armee selbst. 7.